

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 512 Jahrgang 212

Bezugspreis: für Berlin und anverwandte Bezirke monatlich M. 2,00, vierteljährlich M. 6,00 frei Haus. Durch die Post bezogen zugänglich 1 Lokal. Beleggeld.

Geschäftsstelle: Halle-Saalte: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. abends von 7 Uhr an Revolution 5499 und 5610 — Postfachnummer 30519

Morgen-Ausgabe Donnerstag, 16. Oktober

Anzeigenpreis: Die Zeile 30 mm breit. (inkl. Druckerei) 20 H. Der Sperr. 50 mm breite vom 1. September 20 H. Danach nach Tarif. Erklärungsart. Halle-Saalte. Erweit. Berliner Schriftleitung — Perlam — Druck von Otto Böhle Halle-Saalte

Neueste Tagesnachrichten

* Im Preußenparlament nahm man eine Interpellation an, die eine Einschränkung des Schmuggels nach dem Auslande fordert.

* Das Zehnerstück gegen den Geiselmörder Kammerhelfer ist gestern nachmittags 743 Uhr in Stalbenheim durch Gefängnis polierect worden.

* Nach Pariser Meldungen ist ein französisch-italienisch-rumanisches Bündnis zustande gekommen.

* Die finnische Regierung befehle sich mit dem Friedensangebot Russlands und beschloß, dem Reichstag einen ablehnenden Vorschlag vorzulegen.

* Im Petersburger sind neue heftige Kämpfe entbrannt.

Ein neuer Dreieund

Frankreich—Italien—Rumanien.

Bern, 15. Oktober.

Wie aus Paris gemeldet wird, verliert in bisherigen diplomatischen Kreisen, das zwischen Frankreich, Italien und Rumanien ein besonderes Bündnis abgeschlossen sei. Ergänzung findet über die französische Außenpolitik auf unerschütterte „Tempe“ als Buteck: Die rumänische Presse veröffentlicht begeisterte Kommentare über die Allianz zwischen Italien, Frankreich und Rumanien. Die „Independence Roumaine“ (Paris) schreibt: Dieses Bündnis hat einen entscheidenden Wert, es bildet aber eine Garantie für die Ruhe und Ordnung auf dem Balkan. Ungarn wird notwendigerweise in diese Interessenpolitik hineingezogen werden, so daß eine Annäherung Laazars an Deutschland verhindert wird. Weiter können Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und Griechenland sich dem neuen Bündnis anschließen. Die praktische Grundlage der neuen Konstellation bildet aber noch wie vor die Freundschaft zwischen den drei lateinischen Ländern.

Änderungen im Flottenbauprogramm

London, 15. Oktober.

Es ist wahrscheinlich, daß das Auftreten von Admiral Beatty als erster Seebefehlshaber eine Veränderung der britischen Marinepolitik zur Folge haben wird. Beatty ist der Ansicht, daß das Kriegsschiff der Zukunft ein Tauchschiff sein wird. Die Pläne der Admiralität werden mit dieser Ansicht in Vereinbarung gebracht. Wahrscheinlich werden die gewöhnlichen Drachenschiffe fortgesetzt, daß von viel geringerer Bedeutung sein. Was betrifft die in mehreren Tauchschiffen nur für die modernen wissenschaftliche Arbeit werden.

Militärdiktatur in der Slowakei

Berlin, 15. Oktober.

Der „Koss“ zufolge hat die revolutionäre Bewegung in der Slowakei und in ganz Ungarn eine gewisse Umfang angenommen. Das Proger Regierung will veranlaßt werden, daß Peter Hlinka, sowie einen großen Teil der slowakischen Führer zu verhaften und die Militärdiktatur zu verhängen. Die Slowakei fordert vollständige Autonomie. Die Bewegung hat bereits auf die Außenwelt in der Grenzregionen übergriffen. Ein Solche wurde die selbständige Larpapa-Russische Republik proklamieren.

Ein Manöver d'Annunzios?

Paris, 15. Oktober.

„Allians Tribune“ meldet, d'Annunzio sei sehr schwer krank und habe die Mögliche, daß er am 30. oder am 1. November konstatieren. Es sei möglich, daß es sich um ein Manöver handle, das bestimmt ist, dem nationalenistischen Parteikämpfer den Weg von Fiume zu erleichtern.

Rotterdam, 15. Oktober.

Aus Rom wird nach Paris gemeldet, daß sich in einzelnen Bezirken den Militäreinheiten zwischen den Bauern und Grundbesitzern herausgebildet hätten. Es kam zu blutigen Zusammenstößen, wobei es Tote und Verwundete gab. Ministerpräsident Villi hat darüber Beratungen im Ackerbauministerium gepflogen. Das kürzlich angenommene Agrargesetz, welches die Aufhebung der unheimlichen Landrenten regelt, hat nicht jene Territorien herbeigeführt, welche feindliches Eigentum sind und von Anwohnern verwaltet werden. Die Bauern verlangen das Besondere dieser Anwesenheiten, von denen sie bisher das Ackerland besitzen mußten, sie wollen unmittelbar von den Eigentümern besitzen oder Grundrente laufen. Wahrscheinlich wird binnen kurzem ein Dekret, das sich mit dieser Frage befaßt, erlassen werden. Es bestimmt, unter welchen Bedingungen die Landwirtschaft und vom Staat angekauft werden können, der sie dann an Geflügel, Geweinchen, Hundstark, usw. abgeben wird.

Rom, 15. Oktober.

Stellan ist zum Vertreter Italiens im Rat der Ritterschaffenen und Abgeordnete des Reichstages zum italienischen Delegierten und Abgeordnete des Reichstages zum italienischen Delegierten der internationalen Wiedergewinnungskommission ernannt worden.

Ueber Post und Postbeamte

Reichspostminister Giesberts zur Personalfrage — Der deutschnationale Abgeordnete Mümm spricht über Wohnungsfragen der Beamten — Verlegung der Nationalversammlung am 30. Okt.

Berlin, 15. Oktober.

Am Ministerische Müller, Erlanger.

Präsident Eberhardts eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Reichsminister Müller:

Der Gesetzentwurf betreffend den deutsch-polnischen Vertrag ist eine Ergänzung des Friedensvertrages, auf dessen Inkrafttreten jetzt zu rechnen sein wird. Wenn wir heute vor Inkrafttreten mit den Völkern Abmachungen treffen, so lag das daran, daß wir ein besonderes Interesse daran hatten, daß die Bevölkerung der Geschäfte in den östlichen Bestimmungen möglichst schnell vor sich geht. So schmerzhaft der Verlust deutscher Wäpser an Polen aus ist, so haben wir doch ein Interesse daran, daß erteile Konflikte mit den polnischen Nachbarn vermieden werden. Die Verhandlungen, die bereits im August begonnen haben, wurden neuerdings durch die Tugmüle in Oberhesselen unterbrochen. Sie wurden wieder aufgenommen, nachdem sich bereits eine bessere Atmosphäre gebildet hat. In der Gesamtheit leiden aber die Verhandlungen unter der fortwährend bestehenden Spannung, weil eine Reihe Einzelangelegenheiten bis zum Ende stehen, deren Erörterung mit der nationalen Bewegung in den Grenzgebieten im Zusammenhang stehen. Weiter kommt für uns in Betracht, daß die Zuchnahme der Kriegsgefangenen gegenwärtig noch nicht vollzogen ist. Artikel 1-5 des Vertrages umfassen die Abgrenzung der feldpostfähigen Personen, die als Geiseln befreit oder als Kriegsgefangene ihre Freiheit nach nicht wieder erlangen können. Die Lösung dieses Problems ist einer besonderen Kommission überlassen, zu der eine Reihe von Vertretern beider Völkern bestellt werden wird. In ein Ueberkommen über einzelne Punkte nicht zu eingehen, so soll ein Schiedsrichter ernannt werden. Die Artikel 6-9 regeln die Annahme für Streitkräfte, die auf militärische, politische oder nationale Bedienung zurückzuführen sind. Der Vertrag selbst tritt mit dem Augenblick der Ratifikation in Kraft. Die Annahme muß in geförderter Form erfolgen. Wir hoffen, daß dieser Vertrag die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschen fest, wie es uns durchaus notwendig erscheint, weil wir geographisch dazu bestimmt sind, Polens Nachbar zu sein. (Beifall.) Der Gesetzentwurf betreffend den deutsch-polnischen Vertrag über die Entlassung feldpostfähiger Personen und die Gewährung von Straflosigkeit wird in allen drei Lesungen ohne weitere Ausgabe erledigt und angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Haushaltsberatung: Haushalt des Reichspostbeamten. Auch dieser wird erledigt.

Aussprache über die Selbstverwaltung

Hr. Neumann (D. Wpt.) befragt die Einstellung des Reichspostbeamten im Erlangen- und Erlangenbezug mühe das Reichspostamt über, die Selbstverwaltung im Postbereich mühe oder besser gelöst werden. 80 Millionen hat der Post geben müssen für Entschädigungen wegen Diebstahls. Ausstehende Gehälter müssen der Verlegung feuern. Der Beamtenkörper hat im Dienste neutral zu sein, außerhalb des Dienstes haben aber die Beamten politische Meinungsfreiheit.

Hr. Hübner (L. C.): Postbeamte, die sich der neuen Zeit nicht hingeben können, müssen entrent werden. Personal- und Gehaltsreform müssen zu Ende geführt werden.

Hr. Steinopf (Coo.): Auf den Hauptberufbezugrenten ist die Selbstverwaltung zu übertragen. Die Vorgesetzten müssen über nachgeordneten Beamten höflich behandeln. Den in höhere Beamtenkategorien vorwärts Strebenden muß man den Aufstieg erleichtern. Die weichen Beamten müssen volle Selbstverwaltung haben. Geld, die Selbstverwaltung freiwillig ausüben, müssen eine Abfindung erhalten. Das Selbstbestimmungsrecht der Beamten muß anerkannt werden, soweit es irgend mit der Beamtenverpflichtung vereinbar ist.

Hr. Roth-Münster (Str.): Die Personalverhältnisse müssen grundsätzlich reformiert werden. Eine gewisse Selbstverwaltung ist vorhanden. Mit dem Streikgebühren wurde erreicht. Viele Beamte sind der Meinung, daß ihnen mit dem Recht der Vereinigung auf das Streikrecht aufhebt. Aber jedes Spielchen mit dem Streik ist zu vermeiden. Den unteren und mittleren Beamten muß der Aufstieg erleichtert, die Personalreform beschleunigt werden.

Reichspostminister Giesberts:

Wir werden befehle sein, die Arbeitsfreudigkeit der Beamten im weitesten Maße zu erhöhen, die hier angesetzt worden sind. Selbstverständlich kann ich hier nicht auf alle einzelnen Fragen eingehen. Aber alle diese Ansetzungen werden von uns verfolgt und in gemeinsamer Arbeit mit den Beamtenvertretungen behandelt werden, insbesondere die Personalreform. Die Beamtenvertreter werden eine Denkschrift über ihre Wünsche ausarbeiten. Diese Frage wird gemeinsam mit den anderen Beamtigen beraten werden. Wenn wir ein richtiges Personal haben wollen, muß zuerst die Selbstverwaltung erreicht werden. Die Beamten müssen nach ihrer Selbstverwaltung befordern. Aber wir wollen dem Personal

auch durch Ausbildungsstufe zu Hilfe kommen. Die Frage der Hilfskräfte ist recht wichtig. Wir werden aber nicht eher rücken, als bis wir wieder das alte, pflichttreue, berufsmäßig ausgebildete Personal haben. Mit diesen Leistungen sind nicht rüchres vorgezogen werden. Die bisher bezogenen Gärten wollen wir wieder gutmachen. Das gleiche trifft für die während des Krieges verwandenen Kaufleute im Beamtenstand an. Hinsichtlich der Wohnungsfrage bin ich gerne bereit, alle praktischen Maßnahmen zu ergreifen, um die ortsverweilenden Beamten im Beamtenstand, damit ich mit der Selbstverwaltung arbeiten kann. Bei der Herabsetzung der Beamtenbesoldungen soll es nicht rüchres vorgezogen werden. Die bisher bezogenen Gärten wollen wir wieder gutmachen. Das gleiche trifft für die während des Krieges verwandenen Kaufleute im Beamtenstand an. Hinsichtlich der Wohnungsfrage bin ich gerne bereit, alle praktischen Maßnahmen zu ergreifen, um die ortsverweilenden Beamten im Beamtenstand, damit ich mit der Selbstverwaltung arbeiten kann. Bei der Herabsetzung der Beamtenbesoldungen soll es nicht rüchres vorgezogen werden. Die bisher bezogenen Gärten wollen wir wieder gutmachen. Das gleiche trifft für die während des Krieges verwandenen Kaufleute im Beamtenstand an. Hinsichtlich der Wohnungsfrage bin ich gerne bereit, alle praktischen Maßnahmen zu ergreifen, um die ortsverweilenden Beamten im Beamtenstand, damit ich mit der Selbstverwaltung arbeiten kann.

Hr. Wöhrer (Dm.): Die Beamtenfrage rechnet bestimmt darauf, daß gründliche Reformen folgen. Die Beamtenauskünfte müssen auf gesetzliche Grundlage gestellt werden. Das Selbstbestimmungsrecht muß kommen.

Hr. Mann (L. C.): Das Gesetz der Wohnungsfrage, das heute zur Lesung gelangt ist, kann auf dieser Welt noch nur unvollkommen gelöst werden. Trotzdem muß man immer wieder daran gehen, zu versuchen, die Mißstände zu beseitigen. Gerade die Fortentwicklung hat auf diesem Gebiet besondere Gebote. Es muß alles getan werden, so daß die Wohnfrage im weitest Ausmaß gelöst werden kann. Die Initiative des Reichspostministers kann nicht hart genug sein, um für seine Beamten Wohnungen zu schaffen. Wie viele Wohnungen werden den Deutschen genommen von den lästigen Ausländern, die aus England und Ungarn zu und gekommen sind? Wozu die diese Personen sollte man besonders vorgehen. Sie haben sich Eingang oftmals durch falsche Pässe verschafft. Gerade unter dem Gesichtswinkel des Christentums wäre es kein Unrecht, diese Leute wieder in ihre Heimat zurückzuführen. Das wird nicht, daß einer gefordert wird, mit Summen nicht in Haftung zu bringen ist. Aber wenn Kaufleute und Aberteufende Fremde in Berlin wohnen und anderen die Wohnungen wegnehmen, so wäre es am Beste, daß dieser Vorgehen. Im Interesse der Bevölkerungspolitik muß auch die Frage des Familienstandes berücksichtigt werden. Es dürfen nicht zu viel verheiratete Frauen bei der Post angestellt sein. Bei der Doppelstellung der Frau als Beamten und Hausfrau leidet unweigerlich der eine oder der andere Beruf. Es ist nötig, daß nicht eine zu große Anzahl von Angestellten beschäftigt werden, die nicht in einem Beamtenberuf stehen. Es ist nötig, daß der neue Geist in der Beamtenenschaft gepflegt wird. Aber auch der alte Geist der Pflichterfüllung muß gepflegt werden, der Geist der freien, sachlichen Durchsicht, der begründet ist auf religiösen Werten.

Damit schließt die Besprechung. Der Posthaushalt wird angenommen.

Präsident Eberhardts stellt mit, daß am 25. Oktober eine Pause noch nicht eintreten könne. In dieser Woche sollen Reichsamt des Innern und Reichsarbeitsamt erledigt werden. In der nächsten Woche das Auswärtige und anderes, in der dritten Woche sollen in Wort und Radmilitarangelegenheiten der Welt der zweiten Lesung, die dritte Lesung des Reichsamt der Justiz, daß der neue Geist in der Beamtenenschaft gepflegt wird. Aber auch der alte Geist der Pflichterfüllung muß gepflegt werden, der Geist der freien, sachlichen Durchsicht, der begründet ist auf religiösen Werten.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Interpellation Vöhrer: Selbstverwaltung; Reichsministerium des Innern.

Schluß 6 Uhr.

Der Ausschuss der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten bezieht neben dem Entwurf des deutsch-polnischen Vertrages über die Entlassung feldpostfähiger Personen und die Gewährung von Straflosigkeit. Erwähnung fand auch die Prüfung des Artikels 10, der befragt: Reimer der betraglichen Teile wird in Zukunft eine Veran wegen einer vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages erfolgten politischen oder nationalen Behandlung einer Ausnahmebehandlung unterworfen. Nach auflärenden Neuerungen eines Regierungsvertrages wurden aber die Unzulänglichkeiten befragt. Aber das Schicksal der Beamten in den abgetretenen Gebieten wurde ebenfalls befragt. Es wurde dabei der Hoffmann Buschfrage gegeben, daß eine größere Zahl im Dienste bleiben und bei palterer Rückkehr in den Reichs- und Staatsdienst nicht nur keine Schwierigkeiten, sondern Vorteile haben werde.

Der schon halb aufgebene Osten

Die Einstellung des Schnellzugverkehrs im Osten hat in der Bevölkerung eine große Unruhe hervorgerufen. Die Einstellung des Schnellzugverkehrs im Osten hat in der Bevölkerung eine große Unruhe hervorgerufen. Die Einstellung des Schnellzugverkehrs im Osten hat in der Bevölkerung eine große Unruhe hervorgerufen.

Überhaupt, indem man unsere Sparpläne gegenüber den Besonderen, indem man unsere Sparpläne gegenüber den Besonderen, indem man unsere Sparpläne gegenüber den Besonderen...

Halle und Umgebung

Das Generalkonferenz des 4. Kreistages ist als solches am 18. September eingegangen. Aus ihm wurde ein Abhandlungsbuch gebildet, das die Bedeutung Abhandlungsbuch des 4. Kreistages...

Die Befehle Oberschlesens

In einem hier eingetroffenen Telegramm des Brückenpfeilers Köln wird der Stadt Opatowitz vom Chef der amerikanischen Mission mitgeteilt, daß getreten wird, hier ein Kommando...

Die deutsch-polnische Verträge

Nach einer auf Annahmen hierher gelangten Meldung aus Polen ist der deutsche Regierungskommissar Professor Döb...

Barrikadenkämpfe in Brest

„Information“ meldet aus Paris: Heber Brest wurde der verstärkte Belagerungszustand und das Stangenrecht...

Die Überlegenheit der Monarchie

Bei der Rektoratsfeier an der Berliner Universität hielt der neue Rektor, Geh. Hof-Rat Prof. Dr. Edward Meyer, Vorträge über die Überlegenheit der Monarchie...

Was Herr Moske nicht alles sagt

Der Herr Reichstagsminister hat nicht zuletzt eine Inspektionsreise über die Ostprovinzen unternommen. In einem Bericht über diese Inspektionsreise...

Ein Nostalgier der Kleinrentner

Mit einem von den ihm angeschlossen Gruppen und vielen tausend Kleinrentnern aus allen Teilen des Reiches unterzeichneten Protest richtet die Bund deutscher Kleinrentner mit dem Ziel in Aufbruch an die Nationalversammlung...

Ein Nostalgier der Kleinrentner

Mit einem von den ihm angeschlossen Gruppen und vielen tausend Kleinrentnern aus allen Teilen des Reiches unterzeichneten Protest richtet die Bund deutscher Kleinrentner mit dem Ziel in Aufbruch an die Nationalversammlung...

Ein Nostalgier der Kleinrentner

Mit einem von den ihm angeschlossen Gruppen und vielen tausend Kleinrentnern aus allen Teilen des Reiches unterzeichneten Protest richtet die Bund deutscher Kleinrentner mit dem Ziel in Aufbruch an die Nationalversammlung...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

